

Pressemitteilung
Kiel, 09.04.2024

Reduzierung des Gehwegparkens: mit Augenmaß und Ausgleichsmaßnahmen

Zur Berichterstattung über die Fortschritte zur Reduzierung des Gehwegparkens im Kieler Stinkviertel erklärt Ratsherr Marcel Schmidt, Vorsitzender der SSW-Ratsfraktion Kiel:

„Das Parken von privaten Kraftfahrzeugen auf den Kieler Gehwegen zu reduzieren, halten wir grundsätzlich für den richtigen Weg, um den Fußverkehr und die Inklusion aufzuwerten. Bei der bisherigen Umsetzung der Reduzierung des Gehwegparkens – wie wir sie aktuell im Stinkviertel beobachten können – sehen wir jedoch noch viel Luft nach oben. Nach dem ‚Mobilitätskonzept | ruhender Verkehr 2035‘ sollten nämlich auch Ausweichparkflächen ausgewiesen und aufgezeigt werden, die den wegfallenden Parkraum auf den Gehwegen auffangen sollten. Dieser Plan wurde mit dem Beschluss des Antrags ‚Mobilitätswende voranbringen – Parkraum effizient nutzen‘ von Grünen, SPD und SSW (Drs. [1102/2023-02](#)) nochmal unterstrichen.

Passiert ist aber bislang zu wenig: Der Parkplatz von Rewe und Bauhaus wurde mehrfach als Ausweichmöglichkeit für die Bewohner des Stinkviertels ins Spiel gebracht, aber bislang nicht fürs Bewohner*innenparken zugänglich gemacht. Andere Ausgleichsmaßnahmen wie die schon häufiger von uns geforderten Quartiersparkhäuser werden offenkundig nicht vorangebracht. Die Ausweichmaßnahme für Parkraum am KITZ wird bislang noch nicht richtig angenommen. Wenn momentan ein Rückgang privater PKW im Stinkviertel stattfindet, müssen wir befürchten, dass dies auch mit dem Fortzug von Kieler*innen zu tun hat, die auf das Auto als Verkehrsmittel angewiesen sind – etwa Familien mit Kindern und/oder Menschen, die in Schichtarbeit arbeiten.

Die Landeshauptstadt Kiel muss bei der Umsetzung der Verkehrswende

insgesamt besser werden. Verkehrsmittel und -wege zu reduzieren, ohne für Ersatz zu sorgen, kann nicht der richtige Weg sein. Der Kieler Busverkehr ist bislang noch nicht weit genug aufgewertet worden, um im großen Stil Autofahrten zu ersetzen. Der angestrebte Prozess, bis 2035 das Parken auf allen Kieler Gehwegen zu verhindern, darf unserer Ansicht nach nicht durchgeführt werden, wenn bis dahin nicht die Stadtbahn fertig ist, um die entstehenden Verkehre aufzunehmen.“